



BERICHT VOM 13. LANDESTAG DER KPV
AM 21.10.2011 / SEITE 4



DER KONGRESS-KOMMUNAL IN KASSEL
AM 18.-19.11.2011 / SEITE 3

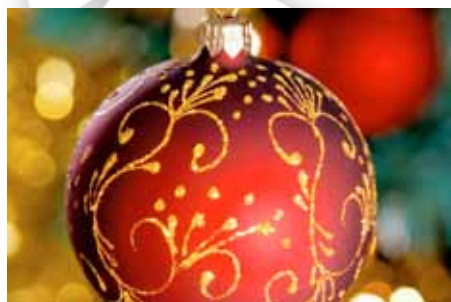


GASTBEITRAG VON MINISTERIN MARION
WALSMANN MDL / SEITE 2

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Jahr 2011 neigt sich ein Jahr dem Ende, das von Anfang an stark von kommunalpolitischen Themen geprägt war. Neben der Problematik der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes oder der Kommunalisierung von Schulen beschäftigte uns als KPV Thü-



ringen in diesem Jahr vor allem aber der Themenkomplex rund um die zukunftsorientierten Kommunalstrukturen in unserem Land. Das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses, der mit Sicherheit noch nicht abschließend wiedergegeben werden kann, dokumentierte der KPV-Landesvorstand in einem „10-Punkte-Katalog für zukunftsorientierte Kommunalstrukturen in Thüringen“. Ich bin mir sicher, dass uns diese Thematik auch im kommenden Jahr 2012 weiter beschäftigen wird und hoffe auf Ihre Anregungen, Vorschläge und vor allem auf Ihr Mittun. Allen Lesern von THÜRINGEN KOMMUNAL wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie alles Gute für das neue Jahr 2012.

Ihr
Gerhard Günther Mdl
Landesvorsitzender der KPV Thüringen

GEMEINDEFUSIONEN WIE GEPLANT

Von Gerhard Günther Mdl, KPV-Landesvorsitzender

Enttäuschend war das Ergebnis der Sitzung des Innenausschuss des Thüringer Landtags am 11. November 2011, auf der die Aussetzung von vier geplanten freiwilligen Gemeindefusionen im Zuge des Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2011 beschlossen wurde.

„Aussetzung ist eine Fehlentscheidung“

Betroffen von dieser Fehlentscheidung waren die Gemeinden Mohlsdorf, Teichwolframsdorf und die Stadt Berga/Elster im Landkreis Greiz, die Gemeinden Ilfeld und Niedersachswerfen im Landkreis Nordhausen, die Gemeinden Bauerbach, Grabfeld, die Verwaltungsgemeinschaften „Dolmar“ und „Salzbrücke“ im Landkreis Schmalkalden-Meiningen sowie die Gemeinden Effelder-Rauenstein und Mengersgereuth-Hämmern im Landkreis Sonneberg.

Die aufgeführten Gemeinden, die sämtliche als untermaßig gelten und damit aufgrund ihrer Größe nicht effizient sind, möchten sich freiwillig bis Ende des Jahres zu Landgemeinden oder Einheitsgemeinden zusammenschließen. Dafür erhalten sie vom Land einen Zuschuss in Höhe von 30 Euro je Einwohner, wenn die

Zusammenschlüsse zu einer Mindestgröße von 4.000 Einwohner führen. Die Zuweisung erhöht sich sogar noch auf 100 Euro pro Einwohner, wenn die neue fusionierte Gemeinde mindestens 5.000 Einwohner erreichen würde.

„SPD-Politik ist janusköpfig“

Die KPV hat seit Monaten für solche Zusammenschlüsse geworben und versteht nicht, dass sich der Koalitionspartner SPD gegen diese vernünftigen Zusammenschlüsse stellte. „Man kann nicht auf der einen Seite vom Land eine Gebietsreform fordern, wenn auf der anderen Seite freiwillige, von den Bürgern mitgetragene Zusammenschlüsse zum Leidwesen der Menschen vor Ort verhindert werden!“, so die Kritik der KPV an der politischen Janusköpfigkeit der SPD.

Deshalb freut es uns umso mehr, dass auf Druck der CDU-Fraktion die genannten Zusammenschlüsse in der Dezembersitzung des Thüringer Landtags doch noch mit in das zu beschließende Gesetz aufgenommen werden.





Ministerin Marion Walsmann MdL, Thüringer Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei

„Stark im Land – Stark vor Ort“. Unter Leitung von Marion Walsmann, Thüringer Landtagsabgeordnete, Staatskanzleichefin und Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, hat eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der CDU- Landtagsfraktion und Thüringer Kommunalpolitikern die kommunalen Herausforderungen von morgen in den Blick genommen. Entstanden ist ein Kompass und Impulsgeber für die kommenden Jahre. Zum einen, um den bisherigen Erfolgskurs fortzusetzen. Zum anderen, um neue Wege für ein zukunftsfestes Thüringen aufzuzeigen. Die Leitlinien wurden auf dem 27. Landesparteitag der CDU Thüringen am 5. November 2011 in Schleiz einstimmig beschlossen.

Thüringen hat seit der Wiedervereinigung eine Entwicklung genommen, die begeistert. Diese Erfolgsbilanz ist für uns Verpflichtung und Auftrag, den erfolgreichen Thüringer Weg auch künftig weiterzugehen. Unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Ob demografische Entwicklung oder Haushaltskonsolidierung, ob Bürgerbeteiligung oder Bildung. Zur Lösung der großen Zukunftsfragen brauchen wir

einen klaren Fahrplan. Wir stehen für ein zukunftsfähiges Thüringen 2020.

Thüringen hat seit der Wiedervereinigung eine Entwicklung genommen, die begeistert. Diese Erfolgsbilanz ist für uns Verpflichtung und Auftrag, den erfolgreichen Thüringer Weg auch künftig weiterzugehen. Unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Ob demografische Entwicklung oder Haushaltskonsolidierung, ob Bürgerbeteiligung oder Bildung. Zur Lösung der großen Zukunftsfragen brauchen wir einen klaren Fahrplan. Wir stehen für ein zukunftsfähiges Thüringen 2020.

Politik muss dort wirken, wo die Menschen sind. Thüringen ist überwiegend ländlich geprägt, gut Dreiviertel der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Er ist wichtiger Wirtschafts- und Tourismusfaktor, versorgt uns mit Nahrung, Energie, Trinkwasser und birgt auf Zukunftsfeldern, wie den erneuerbaren Energien, große wirtschaftliche Chancen. Heimat, Identität, Wohlstand und damit die Lebensqualität der überwiegenden Mehrheit der Thüringer ist verbunden mit einem funktionierenden und lebendigen ländlichen Raum. Darüber hinaus müssen die großen Thüringer Städte als Impuls- und Wachstumsregionen weiterentwickelt werden. Wir brauchen neue Formen des Miteinanders

von Stadt und ländlichen Raum. Städte müssen auf der Basis ihrer Stärken die eigene Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigern und auf das Umland eine noch größere wachstumsfördernde Strahlkraft entfalten.

Wir wollen starke Kommunen im ländlichen Raum. Wir wollen starke Städte, und wir wollen ein neues Miteinander von Stadt und ländlichem Raum. Viele der genannten Herausforderungen sind eng miteinander verbunden. Ein Grund dafür, nicht in Einzelthemen zu denken. Notwendig ist ein integrierter Denkansatz. Wir haben dazu insgesamt 8 Handlungsfelder in den Blick genommen und unser 8-Punkte-Programm für starke Thüringer Kommunen formuliert:

„Kleine Einheiten machen Thüringen groß“

Erstens, was die Thüringer Verwaltungsstrukturen betrifft, sind wir der Meinung, dass auf kommunaler Ebene eher kleine Einheiten Thüringen groß machen. Wir wollen keine Monsterverwaltung sondern weiterhin bürgernahe und Identität stiftende Strukturen. Wir wollen eine Verwaltungsreform mit dem Ziel, den Personalbestand des Landes zu verringern und staatliche Aufgaben auf das notwendige Maß zu reduzieren.

„Nachhaltig haushalten für mehr Handlungsfähigkeit“

Zweitens, wir stehen für solide und nachhaltige kommunale Finanzen. Dazu wollen wir eine Schuldenbremse in der Landesverfassung. Wir wollen eine Reform des Kommunalen Finanzausgleiches bis zum 1.1.2013 und eine umfassende Gemeindefinanzreform des

IMPRESSUM

Herausgeber:

KPV-Landesverband Thüringen, 99096 Erfurt, Friedrich-Ebert-Straße 63
Tel: 0361 / 3449230
KPV-thueringen@t-online.de
www.kpv-thueringen.de

Verantwortlich: Reyk Seela, KPV-Landesgeschäftsführer

Satz/Gestaltung: Christian Zinke

Auflage: 3.000 (erscheint vierteljährlich)

Bundes mit dem Ziel die Kommunen zu entlasten. Außerdem haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Interkommunale Zusammenarbeit auszubauen. Wir wollen damit Verwaltungen besser auslasten und andere gleichzeitig entlasten, z.B. im Brand- und Katastrophenschutz, bei der Tourismus- und Wirtschaftsförderung, im Schulwesen im Bereich der allgemeinen Personalverwaltung oder bei den Standesämtern.

„Garant öffentlicher Daseinsvorsorge“

Drittens, wir wollen die Rolle der Kommunen als wichtigen Garant zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter festigen. Einen Weg sehen wir beispielsweise darin, im Bereich der Energieversorgung den Trend zur Rekommunalisierung zu unterstützen. Uns geht es darum, dass erwirtschaftete Gewinne in der Region verbleiben und die Kommunen die energiepolitische Entwicklung mitbestimmen können. Außerdem wollen wir im Bereich der Abwasserbeseitigung die Standards und die Zeitschiene für anstehende Investitionen sowie die Planungskonzepte nochmals überprüfen.

„Sozial gerecht heißt auch generatio-

nengerecht“

Viertens, wir setzen uns ein für sozial gerechte Kommunen. Konkret heißt das beispielsweise weitere Mehrgenerationenhäuser als Brücken zwischen den Generationen und mehr seniorenfreundlichen Wohnraum für ein längeres Wohnen zu Hause. Generationengerechtigkeit bedeutet aber auch, sich um die jüngeren Generationen zu bemühen. Deshalb soll ein Modellprojekt „Frühe Hilfe“ in den Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert werden, um Familien in schwierigen Situationen von Anfang an zu unterstützen.

„Gute Bildung vor Ort“

Fünftens, wir wollen das Bildungsland Thüringen nach dem Motto „Gute Bildung direkt vor Ort“ stärken. Wir wollen kleine Grundschulen und Kindergärten vor Ort erhalten. Ein Instrument auf diesem Weg kann beispielsweise eine „atmende Gesetzgebung“ sein, die einen Nachteilsausgleich für besonders dünn besiedelte Regionen vorsieht. Und ganz wichtig: Wir brauchen eine entsprechende Schulnetzplanung.

„Ehrenamt ist Ehrensache“

Sechstens, wir wollen das Ehrenamt und

bürgerschaftliches Engagement weiter fördern und unterstützen. Dazu wollen wir ein „Gütesiegel Ehrenamt“ der Landesregierung, um Akzeptanzprobleme der Arbeitgeber für ehrenamtliches Engagement zu senken. Wir wollen prüfen, inwieweit moderne „Tante-Emma-Läden“ über den Weg des bürgerschaftlichen Engagements unterstützt werden können, um so die Nahversorgung gerade im ländlichen Raum zu sichern.

Bürgerbeteiligung schafft Akzeptanz“

Siebtens, wir wollen die Bürgerbeteiligung und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken. Dazu wollen wir neue Medien, wie beispielsweise soziale Netzwerke und Blogs im Internet nutzen. Wir wollen auf kommunaler Ebene neue Wege gehen, in dem wir beispielsweise die Einführung von Bürgergutachten oder Bürgerhaushalten unterstützen.

„Sicherheit bringt Lebensqualität“

Und schließlich achtens, stehen wir für sichere Städte und Gemeinden in Thüringen. Dazu wollen wir die Präsenz der Polizei auf der Straße sichern und stärken und das System der Kontakt-Bereichsbeamten aufrechterhalten.

BUNDESDELEGIERTENTAG DER KPV

Die diesjährige Bundesvertreterversammlung der KPV der CDU und CSU Deutschlands fand am 19. November 2011 in Kassel statt und stand unter dem Motto „Zukunft ergreifen!“. Die Veranstaltung, an der auch zehn KPV-Mitglieder aus Thüringen teilnahmen, beschäftigte sich mit den wichtigsten Trends der Zukunft, die für die Kommunalpolitiker von Bedeutung sind. Zu die-

sem Zweck wurden bereits am Vortag verschiedene Foren organisiert, wie zum Beispiel zum Thema der Umsetzung des Energiekonzeptes auf kommunaler Ebene oder dem Prinzip der Nachhaltigkeit für eine zukunftsfähige Kommunalpolitik. Ein spezielles Forum ging der Frage nach, wie es zukünftig gelingen kann, die Bürger nicht nur bei Projekten mit Konfliktpotential bereits im Vorfeld bes-

ser einzubeziehen.

Bei den ebenfalls durchgeführten Bundesvorstandswahlen konnte unsere Thüringer Vertreterin Carola Stauche MdB erneut wieder für das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden bestätigt werden. Damit haben Thüringens Kommunalpolitiker eine Stimme in Berlin.

Wir gratulieren!



Unsere Thüringer Delegierten auf der KPV-Bundesdelegiertenversammlung in Kassel am 19.11.2011



MdB Carola Stauche, Stellvertretende KPV-Bundesvorsitzende

Von Reyk Seela,
KPV-Landesgeschäftsführer

Kommunal Finanzen

Der diesjährige Landestag der KPV, der am 21. Oktober in Gotha stattfand, stand in diesem Jahr vor allem im Zeichen der Kommunal Finanzen. Als Ehrengast hielt der Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voß den Hauptvortrag mit Schwerpunkt Kommunaler Finanzausgleich. Der Minister verdeutlichte noch einmal in seinen Ausführungen, dass der größte Ausgabenblock (26 Prozent) des Landeshaushaltes für die Thüringer Kommunen vorgesehen sei, damit die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, zum Einen ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen und zum Anderen auch ein Mindestmaß an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen.

Zusammen mit den Zuweisungen des Landes und den Einnahmen aus eigenen Quellen, die insbesondere aus den Steuereinnahmen gespeist werden, würden die Kommunen laut den Ausführungen des Finanzministers in 2012 über eine Gesamtsumme von immerhin 3,694 Mrd. Euro verfügen. Zwar bedeute dies gegenüber 2011 eine geringere Finanzausstattung der Kommunen um 21 Mio. Euro, doch würden laut den Steuerprognosen für 2012 den Gemeinden insgesamt 173 Mio. Euro mehr zur Verfügung stehen.

Bilanz

In Vertretung des erkrankten Landesvorsitzenden trug dessen Stellvertreter Michael Pabst vor den über 60 Teilnehmern des Landestages den Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes vor. In seinem Bericht legte der KPV-Vize dar, dass die Arbeit des Vorstandes insbesondere unter dem Leitmotiv der KPV „Stark vor Ort“ gestanden habe. Daraus leite sich auch der Anspruch der KPV ab, nämlich ein wirklicher Dienstleister für unsere Kommunalpolitiker im Lande sein zu wollen. Dabei verfolgte der Vorstand das Ziel, den Verband als ein von den maßgeblichen Entscheidungsträgern ernst zu nehmendes politisches Gewicht zu etablieren. Schwerpunkt der themati-

schen Arbeit des Landesvorstandes war in 2011 insbesondere die Beschäftigung mit der „Gebiets- und Kreisreform“, wobei den unausgegorenen Vorschlägen der SPD und Opposition eine eigene Position der KPV gegenüber gestellt worden ist.

Michael Pabst erklärte, dass sich die KPV vor allem von dem Standpunkt leiten lasse, allen Überlegungen unbedingt eine Aufgabenkritik voranzustellen und bisher Bewährtes nicht ohne erkennbaren Mehr- und Neuwert einfach aufzugeben. Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld sehe der Vorstand in der Stärkung der KPV-Verbandsstruktur. So gelang es zum Beispiel, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort die Kreisverbände in Weimar, Saalfeld-Rudolstadt, Wartburgkreis, Nordhausen und im Ilmkreis wieder zu aktivieren. Eine wichtige Aufgabe für die künftige KPV-Arbeit wird sein, die Wahrnehmung des Verbandes in der Öffentlichkeit noch zu verstärken.

Der neue Vorstand

Die auf dem Landestag durchgeführten turnusgemäßen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wur-

den Gerhard Günther MdL zum Landesvorsitzenden, Barbara Golder, Michael Pabst und Ingo Hein zu stellvertretenden Vorsitzenden, Jörg Papendick zum



Der Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voß

Schatzmeister sowie Horst Dornieden, Joachim Kreyer, Stefan Nüßler, Jörg Kellner MdL, Hans-Jörg Dannenberg, Thomas Hutt und Holger Kruse jeweils als Beisitzer.

Allen Gewählten viel Erfolg für die künftige Arbeit.



KPV-Vize Michael Pabst eröffnet den 13. Landestag